Deutscher Bundestag **Drucksache 14/997**
14. Wahlperiode
06. 05. 99

Entschließungsantrag
der Fraktion der PDS

zu dem Antrag der Bundesregierung
— Drucksachen 14/912, 14/982 —

Deutsche Beteiligung an der humanitären Hilfe im Zusammenhang mit dem Kosovo-Konflikt

Der Bundestag wolle beschließen:

I.

Der Deutsche Bundestag lehnt die Entsendung weiterer Einheiten der Bundeswehr in die Krisenregion Balkan ab.

II.

Die Bundesregierung wird aufgefordert:

a) sich im Rahmen der NATO für ein sofortiges Ende der Bombenangriffe einzusetzen;

b) die Beteiligung der Bundeswehr an den Kriegshandlungen der NATO sofort einzustellen;

c) sich für einen Waffenstillstand einzusetzen, der auf einem Stopp der NATO-Luftangriffe, dem Beginn eines vereinbarten Rückzugs jugoslawischer Sicherheitskräfte aus dem Kosovo und dem Verbleib der UCK in ihren jetzigen Positionen beruht;

d) sich für eine UNO-Friedenstruppe – ohne Beteiligung jetzt angreifender NATO-Staaten – einzusetzen, die die Rückkehr aller Flüchtlinge und Vertriebenen in ein sicheres Kosovo und die Entwaffnung der UCK gewährleistet;

e) die Aufnahme von direkten, unmittelbaren Friedensverhandlungen zwischen den Konfliktparteien unter der Hoheit des UN-Generalsekretärs vorzuschlagen;

f) die Beteiligung der Bundeswehr an einem Einsatz von Bodentruppen gegen die Bundesrepublik Jugoslawien definitiv auszuschließen;

g) die für die Kriegsführung vorgesehenen Mittel umgehend zur Unterstützung aller Flüchtlinge und Vertriebenen sowie der Aufnahmelän-

der einzusetzen und für Maßnahmen zum Wiederaufbau nach Ende der Kampfhandlungen vorzuhalten;

h) darauf hinzuwirken, daß humanitäre Hilfe im Kriegs- und Krisengebiet durch diejenigen Kräfte und Institutionen geleistet wird, die speziell dafür geschaffen wurden; für einen Übergang des humanitären Einsatzes von militärischen auf zivile Kräfte sind ggf. die Voraussetzungen zu schaffen;

i) angesichts der Überforderung der Hauptaufnahmeländer bei der Versorgung der Flüchtlinge deutlich mehr Flüchtlinge als die bislang vorgesehenen Zehntausend aufzunehmen und die Grenzen für Flüchtlinge aus dem Krisengebiet zu öffnen, keine Abschiebungen vorzunehmen und sich innerhalb der EU für eine gesteigerte Aufnahmebereitschaft einzusetzen.

Bonn, den 6. Mai 1999

Dr. Gregor Gysi und Fraktion

Begründung:

I.

Es geht um einen Ausstieg aus dem Krieg, um ein Ende der Vertreibungs- und Repressionspolitik gegenüber den Kosovo-Albanern als Voraussetzungen für die Wiederaufnahme von Verhandlungen über eine politische Lösung des Konflikts. Dem dient die Entsendung von weiteren NATO-Soldaten einschließlich der vorgesehenen Soldaten der Bundeswehr in das Krisengebiet nicht. Sie birgt vielmehr die Gefahr einer neuen Eskalation. Makedonien und Albanien sind nicht nur am stärksten durch die Vertreibungen belastet, beide Länder bilden auch die Aufmarschgebiete für eine Bodeninvasion durch NATO-Truppen. Die Aufstockung der NATO-Bodentruppenkontingente in diesen Ländern kann als Vorbereitung einer bevorstehenden Invasion verstanden werden, zumal die zweifellos erforderliche Aufstockung der humanitären Hilfe wie auch der humanitären Helfer von nichtmilitärischen Kräften geleistet werden kann.

II.

Die unentwegt andauernden und fortlaufend intensivierten Luftangriffe der NATO auf die Bundesrepublik Jugoslawien, aber auch die bisherige strikte Weigerung der NATO-Staaten, über andere als NATO-geführte Modelle für die internationale Überwachung eines Abkommens zwischen den Konfliktparteien überhaupt nur nachzudenken, sind in der jetzigen Phase des Krieges die Haupthindernisse für eine vernünftige politische Kompromißlösung, die einerseits eine Besetzung eines Teils Jugoslawiens durch NATO-Truppen ausschließen und andererseits die Rückkehr aller Flüchtlinge in einen sicheren und autonomen Kosovo im Rahmen Jugoslawiens beinhalten muß. Deshalb sind die Luftangriffe sofort einzustellen und die Zustimmung zu einer UNO-Friedenstruppe zu signalisieren.

Nach sechswöchigen massiven Bombardements der Bundesrepublik Jugoslawien, die sich keineswegs auf militärische Einrichtungen beschränken, zahlreiche Opfer unter der Zivilbevölkerung fordern und großen wirt-

schaftlichen und materiellen Schaden anrichten, scheint ein friedliches Zusammenleben von kosovo-albanischer und serbischer Bevölkerung im Kosovo schwerer vorstellbar denn je. Seit Aufnahme der Bombenangriffe der NATO auf die Bundesrepublik Jugoslawien hat sich die Lage der Zivilbevölkerung im Kosovo in extremer Weise verschlimmert. Keines der angegebenen Kriegsziele wurde erreicht, insbesondere nicht das der „Abwendung einer humanitären Katastrophe“. Die Kriegsführung der NATO gegen die Bundesrepublik Jugoslawien und ihre Nutzung zur systematischen Vertreibungspolitik durch die jugoslawische Regierung haben im Gegenteil zu einer außerordentlichen Destabilisierung der Situation in der gesamten Balkanregion beigetragen. Die Kriegsführung der NATO hat sich als kontraproduktiv zu den angegebenen Zielen erwiesen und muß daher beendet werden.